

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

Ausländische Intensivstraftäter in Rheinland-Pfalz – Teil III

Ich frage die Landesregierung:

1. Wird die Landesregierung eine Bundesratsinitiative einbringen mit dem Ziel, Somalia als ein sicheres Herkunftsland einzustufen, da laut Innenminister Lewentz Abschiebungen nach Somalia aktuell nicht möglich seien? Wenn nein, warum nicht?
2. In welche Länder darf nach Anweisung des Integrationsministeriums nicht abgeschoben werden und warum nicht?
3. Wegen welchen Ländern ist das Integrationsministerium an das Bundesinnenministerium mit der dringenden Bitte herantreten, mit den betreffenden Staaten in Verhandlungen zu treten, damit eine Aufenthaltsbeendigung leichter möglich wird?
4. Wurden den rheinland-pfälzischen Fahrerlaubnisbehörden die Namen der 334 Personen im Hinblick auf eine Prüfung einer charakterlichen Geeignetheit zum Führen von Fahrzeugen übermittelt? Wenn nein, warum nicht?
5. Welche Maßnahmen zur Gewaltprävention wurden in den Schulen, die die 334 Personen zum Teil besuchen, ergriffen (bitte für die einzelnen Schulen getrennt auflühren)?
6. Gegen wie viele der 334 Personen wurde ein Aufenthaltsverbot nach § 13 Abs. 3 Polizei- und Ordnungsbehördengesetz ausgesprochen?
7. Welche Maßnahmen werden getroffen, dass die Bevölkerung vor den 334 Personen geschützt wird (bitte aufgliedert nach den Maßnahmen der Polizei, der Ordnungsämter, der Sozialämter, der Ausländerbehörden, der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion [Schulaufsicht], der Führerscheinstellen und der Jugendämter)?

Matthias Lammert